

Dessau-Roßlau, 25. März 2020

Pressemitteilung

+++ Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt bilanziert Gesamtjahr 2019 +++
+++ Trotz leichtem Rückgang rechtsextremer Ereignislagen in der Region keine Entwarnung +++
+++ Menschenverachtende Diskurse können jederzeit in aktives und gewalttätiges Handeln umschlagen +++

Die in der Chronik des MBT Anhalt (Projekt Gegenpart) dokumentierten extrem rechten Delikte, Angriffe und Ereignislagen waren 2019 rückläufig. So konnten für das Gesamtjahr 325 Meldungen über neonazistische und rechte Vorfälle registriert werden. Das entspricht im Vergleich zum Jahr 2018 einem Rückgang um 13,1%, von 375 auf 325. Seitdem die Chronik 1999 etabliert wurde, weist das Jahr 2019 im Vergleich trotzdem den fünft-höchsten Wert auf. Seit dem Jahr 2015 sind die rechten Ereignislagen nie unter 300 gefallen.

Die Verteilung der Meldungen auf die Gebiete, die den Zuständigkeitsbereich des MBT Anhalt ausmachen, hat sich im Vergleich zum Vorjahr prozentuell kaum verschoben. Mit 120 Meldungen, nimmt der Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit leichtem Vorsprung die Spitzenposition ein. Hier waren 2019 37% der Meldungen zu verorten. Auf die kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau entfallen 104 Meldungen, was einem Anteil von 32% entspricht. Für den Landkreis Wittenberg verzeichnet das MBT 101 Meldungen, welche 31% der Gesamtmeldungen ausmachen.

Ein Blick auf die Qualität der Ereignisse und Delikte zeigt, dass der leichte Rückgang der Gesamtzahl im Vergleich zum Vorjahr vor allem den Bereich der neonazistischen Propaganda- und Sachbeschädigungsdelikte betrifft. Diese machten schon immer den größten Anteil der Meldungen aus, sind nun aber von 279 in 2018 auf 244 abgefallen, was einem Rückgang von 12,5% entspricht. Die Anzahl rechter und rassistischer Gewalttaten, Anschläge und Raubdelikte ist mit insgesamt 14 Fällen im Vergleich zum Vorjahr (15 Fälle) annähernd gleich geblieben. Dabei ereigneten sich vier in Anhalt-Bitterfeld, einer in Dessau-Roßlau und neun im Landkreis Wittenberg. Besonders das Übergewicht im Landkreis Wittenberg ist auffällig.

Meldungen wegen Beleidigung, Bedrohung, Nötigung oder Verleumdung sind mit 19 Treffern dagegen signifikant rückläufig. Angesichts der 30 Fälle, die 2018 in dieser Rubrik bilanziert wurden, entspricht das einem Rückgang um 36,7%.

Ähnlich verhält es sich mit den Meldungen, die rechtsextreme Demonstrationen, Kundgebungen, Saalveranstaltungen und Parteiversammlungen betreffen. Gegenüber den 30 Fällen, die 2018 in der Chronik dokumentiert wurden, beläuft sich die Zahl 2019 auf 21.

Was die Beratungsbilanz des MBT Anhalt betrifft, so wurden im Jahr 2019 insgesamt 55 Fälle prozesshaft begleitet. Dabei lassen sich - dem Trend der letzten Jahre entsprechend - die meisten Beratungsfälle in Dessau-Roßlau verorten. Mit 33 Fällen fanden in der kreisfreien Stadt rund 60%

aller Beratungsprozesse statt, währen dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit 12 Fällen 22% und Wittenberg mit 10 Fällen 18% der Beratungen zukommen.

Eine Analyse der Beratungsanlässe zeigt, dass mit 18 Treffern – d.h. 33% der Gesamtanlasse - erneut das Segment Angstzonen und Bedrohungsszenarien den Schwerpunkt auf diesem Gebiet ausmachen. Das entspricht einem Trend, der sich schon in den Vorjahren abzeichnete und insbesondere durch den Umstand zu erklären ist, dass Akteur_innen aus Demokratieinitiativen und Burger_innenbundnissen fortlaufend Einschucherungsversuchen der extrem rechten Szene ausgesetzt sind. Den zweiten Platz in der Statistik der Beratungsanlässe nimmt mit neun Fällen (16,4%) das Feld der extrem rechten Interventionen und Vorfällen in Vereinen und Verbänden ein. Rechtsextreme Ereignisse im öffentlichen Raum waren achtmal (14,5%) der Grund, dass eine Beratung initiiert wurde, während rechte Sachbeschädigungen/ Propagandadelikte in sechs Fällen und extrem rechte Bestrebungen in Kommunalpolitik und -parlamenten in fünf Fällen den Anlass des Beratungsprozess darstellten.

Bei der Frage, wer beraten wurde, sind vor allem Burger_innenbundnisse und Initiativen zu nennen, von denen insgesamt 28 in unterschiedlichsten Settings beraten wurden. Der große Bedarf bei dieser Gruppe ist wie in den Vorjahren darauf zurückzuführen, dass demokratiefordernde Projekte und Bündnisse, die gegen Menschenverachtung und den Rechtsruck mobilisieren, nach wie vor im Fokus von Neonazis stehen. Aus ähnlichen Gründen wurden Vertreter_innen der Kommunalpolitik (19 Prozesse) und Vereine und Verbände (zehn Prozesse), die immer wieder Ziel von Bedrohungsszenarien und Delegitimierungsversuchen werden, beraten.

Verwaltungen nahmen im Berichtszeitraum sechsmal die Beratung von Projekt GegenPart in Anspruch, gefolgt von Wirtschaft/ Kultur und Medien mit jeweils drei Fällen sowie Religionsgemeinschaften und Bildungseinrichtungen mit jeweils zwei Fällen.

Im Ergebnis kommt das MBT Anhalt zu der Einschätzung, dass die rechtsextreme Ereignislage im Vergleich der letzten zehn Jahre auf einem hohen Niveau ist. Obwohl die Zahlen seit 2016 kontinuierlich leicht zurückgegangen sind, sind sie immer noch mehr als doppelt so hoch wie in den Jahren 2012 und 2013, in denen die Chronik jeweils 150 Einträge verzeichnete.

Die rechte Szene wird vom Beratungsteam als gut vernetzt, handlungs- und kampagnenfahig eingeschätzt. Besonders die regionalen Personenzusammenschlüsse des freien Kameradschaftsspektrums sind nach wie vor präsent und führen immer wieder Aktionen im öffentlichen Raum durch. Dabei bildete vor allem der Ortsteil Roßlau einen räumlichen Schwerpunkt von extrem rechten Kundgebungen und Demos. Auch rechte Liederabende und andere Veranstaltungen fanden dort statt.

Der bundesweite Trend, dass zusehends Kommunalpolitiker_innen und Engagierte gegen Rechts Anfeindungen, Bedrohungen, politisch motivierten Sachbeschädigungen und Anschlägen ausgesetzt sind, lässt sich auch in Anhalt beobachten. Ebenso wird immer wieder deutlich, dass eine allgemeine Diskursverschiebung nach Rechts und eine Verrohung der Sprache stattfinden. Auch dieser Trend lässt sich in die letzten Jahre zurückverfolgen und ist mitverantwortlich für ein Klima, in dem antisemitischer, rassistischer und frauenfeindlicher Hass gedeihen kann. Ein besonders diskurspragendes Narrativ, dass rassistische, antisemitische und antifeministische Ressentiments in sich vereint ist dabei die Verschworungsideologie vom „Großen Austausch“. Nicht zuletzt nach den rechtsterroristischen Anschlägen von Halle und Hanau muss dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Bei der Auseinandersetzung mit Rechtsterrorismus muss außerdem berücksichtigt werden, dass Planung und Radikalisierung mittlerweile gehäuft im virtuellen Raum von Chatgruppen stattfinden, wie das letzte Jahr deutlich gezeigt hat.

Mit Besorgnis beobachtete das Projekt Gegenpart in diesem Zusammenhang die „Wolfsbrigade 44“, gegen deren Mitglieder, u.a. aus Köthen und Gardelegen, wegen Verdachts auf Gründung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird. Eines der Mitglieder wird als rechtsextremer Gefährder eingestuft. Damit sind auch in der Region vorterroristische Netzwerke aktiv, deren Gewaltaffinität von der bloßen Ankündigung und Planung, jederzeit in aktives Handeln umschlagen kann.

Der Appell des MBT Anhalt lautet, dass Betroffenheitsrituale angesichts extrem rechter Gewalt und Terrors nicht ausreichen. Stattdessen sollte der Dreiklang aus Prävention, Beratung und Intervention ausgebaut werden. Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen intensiviert werden. Es gilt sich mit Menschen, die Ziel menschenverachtender Einstellungen und Verhaltensweisen sind, klar zu solidarisieren, ihre Perspektiven ernst zu nehmen und es sind entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Nicht zuletzt braucht es eine proaktive Unterstützung von Personen, Initiativen, Vereinen und Verbänden, die sich für das zivilgesellschaftliche Engagement pro Demokratie/ gegen Rechts oder für Opfer rechter Gewalt einsetzen. Die demokratische Zivilgesellschaft braucht eine entsprechende Wertschätzungs- und Anerkennungskultur. Sie allein kann jedoch nicht die Lösung aller Probleme sein. Darüber hinaus müssen sich auch Politik, Verwaltungen und Sicherheitsorgane mit den dynamischen Entwicklungen auseinandersetzen, kritisch selbst reflektieren und entsprechende Konsequenzen ziehen.

Die ausführliche Bilanz für das Jahr 2019 von Projekt GegenPart finden Sie auch online unter:

<https://www.projektgegenpart.de/index.php/2000-mobiles-beratungsteam-gegen-rechtsextremismus-in-anhalt-bilanziert-gesamtjahr-2019>

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Projekt GegenPart – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt
Schlachthofstraße 25
06844 Dessau-Roßlau
Mail: buero@projektgegenpart.org
www.projektgegenpart.org

Steffen Andersch: 0172/ 355 27 85
Jan Burghardt: 01578/ 84 12 673